

Sicherheitsdienstleistungsvertrag des Jobcenters Kreis Unna

zur Ausschreibung (Offenes Verfahren)

Sicherheitsdienstleistungen

INHALTSVERZEICHNIS

- 1 Vertragsgegenstand**
- 2 Vertragsbestandteile**
- 3 Vertragslaufzeit**
- 4 Durchführung des Vertrages**
- 5 Vergütung, Preisanpassung**
- 6 Rechnungslegung**
- 7 Beauftragung von Nachunternehmern**
- 8 Personal**
- 9 Haftung, Versicherung**
- 10 Nicht-/Schlechterfüllung**
- 11 Kündigungsrechte des Auftraggebers, Schadensersatz**
- 12 Vertragsstrafe**
- 13 Aufrechnung**
- 14 Abtretungsverbot**
- 15 Schriftformerfordernis und Salvatorische Klausel**
- 16 Erfüllungsort und Gerichtsstand**

1 Vertragsgegenstand

- (1) Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit der Durchführung von Sicherheitsdienstleistungen.
- (2) Inhalt und Umfang der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen bestimmen sich nach den in § 2 bezeichneten Vertragsbestandteilen.
- (3) Ergänzende Arbeiten oder Änderungen der Leistungsbeschreibung werden gesondert.

2 Vertragsbestandteile

- (1) Weitere nachrangige Bestandteile dieses Vertrages sind in absteigender Rangfolge:
 - Die Vergabeunterlagen einschließlich sämtlicher Anlagen
 - Das Angebot des Auftragnehmers einschließlich Ausführungskonzept, Preisblatt und alles mit dem Angebot angegebenen Erklärungen,
 - Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.08.2003,
 - Im Übrigen die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).
- (2) Etwaige Allgemeine Geschäfts-, Liefer- und Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung.

3 Vertragslaufzeit

- (1) Der Vertrag beginnt am 01.07.2026 und endet mit dem Ablauf des 31.12.2027.
- (2) Die Vertragslaufzeit beträgt grundsätzlich 1,5 Jahre. Abweichende Regelungen können sich aus dem Vertrag ergeben. Der Vertrag endet mit Ablauf der Grundlaufzeit, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Mit einer Frist von jeweils drei Monaten zum Laufzeitende kann der Auftraggeber den Vertrag durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Auftragnehmer zwei Mal um jeweils 1

Jahr verlängern. Abweichende Regelungen können sich aus dem Vertrag ergeben.

(3) Der Vertrag kann aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt u.a. insbesondere vor, wenn die andere Vertragspartei gegen Bestimmungen dieses Vertrages schwerwiegend oder wiederholt – trotz vorheriger schriftlicher, fruchtloser Abmahnung durch die kündigende Vertragspartei – verstoßen hat (außerordentliche Kündigung). Vor der außerordentlichen Kündigung ist der anderen Partei Gelegenheit zu geben, unverzüglich zu dem Sachverhalt Stellung zu nehmen.

Sonderkündigungsrecht: Bei der Schließung eines Standortes hat der Auftraggeber das Recht, den Sicherdienstleistungsvertrag vorzeitig für den entsprechenden Standort zu kündigen, mit einer Frist von 3 Monaten.

4 Durchführung des Vertrages

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistungen, unter Anwendung größtmöglicher Sorgfalt und innerhalb der vereinbarten Fristen zu erbringen.

(2) Der Auftragnehmer hat bei der Durchführung dieses Vertrages die gesetzlichen Vorschriften und die Anweisungen des Auftraggebers zu beachten.

(3) Der Auftragnehmer hat die vertraglich geschuldeten Leistungen frei von Rechten Dritter zu erbringen. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von etwaigen Schadenersatzansprüchen Dritter jeder Art frei, sofern die Ansprüche auf ein schuldhaftes Verhalten des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der Beauftragung und Durchführung dieses Vertrages zurück zu führen sind.

(4) Fallen eines oder mehrere Mitglieder einer Bietergemeinschaft nach der Zuschlagserteilung aus, muss weiterhin die ordnungsgemäße Leistungserbringung sichergestellt sein. Der Auftraggeber ist unverzüglich über den Ausfall zu informieren. Die Aufnahme eines weiteren Mitglieds der Bietergemeinschaft ist zulässig, vorausgesetzt, der Auftraggeber hat dem neu benannten Mitglied zugestimmt.

5 Vergütung, Preisanpassung

(1) Die im Preisblatt vereinbarten Preise verstehen sich als Pauschalfestpreise. Mit ihnen werden alle Leistungen abgegolten, die zur ordnungsgemäßen Erfüllung des Vertrages erforderlich sind. Pausenzeiten werden nicht vergütet. Preiserhöhungen sind während der gesamten Vertragslaufzeit ausgeschlossen, sofern in diesem Vertrag nicht etwas Anderes geregelt ist.

(2) Der Auftraggeber behält sich vor, nach vorhergehender Absprache mit dem Auftragnehmer den Leistungsumfang zu ändern, wenn dies wegen Umzugs, Schließung oder Öffnung von Dienststellen oder aus anderen vergleichbaren Gründen erforderlich werden sollte. Entstehen dem Auftragnehmer hierdurch nachweislich Mehrkosten, wird die Vergütung auf Grundlage der vereinbarten Preise angepasst. Ist eine Anpassung hiernach nicht möglich, werden sich die Parteien unter Berücksichtigung der Urkalkulation des Auftragnehmers auf eine abweichende Vergütung verständigen.

(3) Treten nach Abschluss dieses Vertrages tarifliche Lohnänderungen (Erhöhung oder Senkung) allgemeinverbindlich in Kraft, die sich unmittelbar auf die Lohn- und/oder Lohnfolgekosten auswirken, werden die Preise auf Verlangen einer Partei in dem Maß angepasst, wie sich die Lohnänderungen auswirken. Bei jeder weiteren Änderung ist entsprechend zu verfahren. Etwaige Preiserhöhungen sind vom Auftragnehmer nachprüfbar darzulegen und werden mit einer Frist von einem Monat zum jeweiligen Monatsletzten wirksam.

6 Rechnungslegung

(1) Die Leistungen werden für jeden abgeschlossenen Monat nachträglich vergütet. Hierfür stellt der Auftragnehmer bis zum 15. Kalendertag des jeweiligen Folgemonats eine

Rechnung aus. Die Rechnung ist unter Angabe der Auftragsnummer an folgende Anschrift zu versenden:

**Jobcenter Kreis Unna
Viktoriastrasse 4
59425 Unna**

(2) Die Zahlung erfolgt im Überweisungsverkehr auf ein vom Auftragnehmer schriftlich zu benennendes Konto innerhalb von 30 Kalendertagen ab Zugang der Rechnung. Als Tag der Zahlung gilt der Tag, an welchem der Auftraggeber den Überweisungsauftrag an seine Geldanstalt erteilt.

(3) Im Falle der vorzeitigen Vertragsbeendigung steht dem Auftragnehmer die Vergütung nur anteilig für bis dahin ordnungsgemäß erbrachte Leistungen zu. Ohne Rechtsgrund erlangte Vergütung ist vom Auftragnehmer zurückzuerstatten. Der Rückerstattungsanspruch ist sofort fällig. Kommt der Auftragnehmer mit der Rückerstattung in Verzug, so ist der Erstattungsbetrag mit 9 Prozentpunkten über dem jeweils geltenden Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank zu verzinsen.

(4) Im Falle von Bietergemeinschaften hat die Rechnungsstellung im Namen der Bietergemeinschaft zu erfolgen und ist vom Bevollmächtigten der Bietergemeinschaft zu unterschreiben.

(5) Auf Verlangen müssen sämtliche Rechnungen des Auftragnehmers den Anforderungen der Verordnung über die elektronische Rechnungsstellung im öffentlichen Auftragswesen des Bundes (ERechV) entsprechen.

(6) Die Leistungen für den Einsatz von Langzeitarbeitslosen (LZA) sind in einer separaten Rechnung (getrennt von Rechnungen bzgl. der eigentlichen Leistungserbringung) differenziert darzustellen.

7 Beauftragung von Nachunternehmern

Die Vergabe von Leistungen an Unterauftragnehmer ist ausgeschlossen

8 Personal

(1) Der Auftragnehmer setzt ausschließlich Personal ein, das sämtliche Anforderungen der Leistungsbeschreibung erfüllt. Er ist verpflichtet, sein Personal durch fachkundige Schulungskräfte zu schulen, einzuweisen und regelmäßig zu beaufsichtigen. Er hat das Personal laufend auf dem aktuellen Stand der geltenden Gesetze zu halten. Das eingesetzte Personal muss über gute Kenntnisse der deutschen Sprache in Wort und Schrift und über ausreichende Ortskenntnisse verfügen.

(2) Sämtliche Mitarbeiter des Auftragnehmers haben einheitliche Dienstkleidung und gut lesbare Namensschilder sowie Firmenausweise mit Lichtbild zu tragen, die sie als Mitarbeiter des Auftragnehmers ausweisen. Sämtliche Mitarbeiter haben stets auf ein gepflegtes und sauberes Erscheinungsbild zu achten.

9 Haftung, Versicherung

(1) Der Auftraggeber haftet weder für die Folgen von Unfällen, die der Auftragnehmer oder seine Erfüllungsgehilfen bei der Ausführung ihrer Tätigkeit erleiden noch für Beschädigung oder Diebstahl der vom Auftragnehmer eingesetzten Ausrüstung, Geräte und Materialien.

(2) Der Haftungsausschluss gemäß Absatz 1 gilt nicht für vorsätzliche und grob fahrlässige Pflichtverletzungen des Auftraggebers, seiner gesetzlichen Vertreter und sonstiger Erfüllungsgehilfen. Er gilt auch nicht für Verletzungen von Leben, Körper und Gesundheit, die auf einer vorsätzlichen oder grob

fahrlässigen Pflichtverletzung des Auftraggebers, seiner gesetzlichen Vertreter und sonstiger Erfüllungsgehilfen beruhen. Bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten durch leicht fahrlässiges Verhalten des Auftraggebers ist seine Haftung der Höhe nach auf den bei Vertragsschluss typischerweise vorhersehbaren Schaden begrenzt.

(2) Der Auftragsnehmer haftet für Personen -und Sachschäden, die nachweislich durch ihn oder seine Mitarbeiter bei der Erfüllung der vertraglichen Aufgaben verursacht werden. Eine ausreichende Versicherung ist dem Auftraggeber nachzuweisen. Die Deckungssummen müssen mindestens folgende Beträge umfassen:

- Personenschäden: 1.500.000,00€
- Sachschäden: 1.000.000,00€
- Abhandenkommen bewachter Sachen: 250.000,00€
- Vermögensschäden: 250.000,00€
- Schäden durch Schlüssel- oder Codekartenverlust: 250.000,00€
- Schäden aus Verletzung des Datenschutzes: 250.000,00€

10 Nicht-/Schlechterfüllung

Es gelten die gesetzlichen Bestimmungen

11 Kündigungsrechte des Auftraggebers, Schadensersatz

(1) Der Auftraggeber ist unbeschadet der gesetzlichen Bestimmungen und des § 3 berechtigt, im Falle der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten durch den Auftragnehmer nach erfolgloser Abmahnung den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist ganz oder teilweise schriftlich zu kündigen. Eine vorherige Abmahnung ist entbehrlich, wenn sie wegen der Art der Pflichtverletzung untunlich oder dem Auftraggeber unzumutbar ist.

(2) Als wichtiger Grund im Sinne von Abs. 1 S. 2 gelten insbesondere

- die zweimalige Überschreitung der vertraglich zugesicherten Ersatzzeiten innerhalb von drei Monaten

- der Einsatz von Mitarbeitern, die nicht den Anforderungen des § 8 Abs. 1 entsprechen
- der vom Auftraggeber nicht genehmigte Einsatz von Nachunternehmern im Sinne von § 7 Abs. 1
- sonstige schwerwiegende Verletzungen von Bestimmungen dieses Vertrages und seiner Bestandteile, soweit dem Auftraggeber ein Festhalten am Vertrag nicht zugemutet werden kann.

(3) Der Auftragnehmer ist im Fall einer Kündigung nach Abs. 1, 2 durch den Auftraggeber verpflichtet, Schadensersatz für die ab Wirksamwerden der Kündigung entfallenden geplanten Arbeitsstunden für die kommenden 60 Arbeitstage zu leisten. Dabei wird der Stundenverrechnungssatz aus dem bezuschlagten Angebot des Auftragnehmers zuzüglich eines Aufschlags von 20% angesetzt. Der Nachweis eines geringeren Schadens durch den Auftragnehmer ist möglich. Die Geltendmachung eines höheren Schadens ist hierdurch nicht ausgeschlossen.

12 Vertragsstrafe

(1) Für jeden Fall, in dem der Auftragnehmer die von ihm in seinem Angebot zugesicherten Ersatzzeiten im Falle eines Mitarbeiterausfalls um mehr als zehn Minuten überschreitet, kann – unter Ausschluss des Fortsetzungszusammenhanges – eine Vertragsstrafe verwirkt werden.

(2) Dem Auftraggeber bleiben die Geltendmachung von sonstigen Ansprüchen, insbesondere von Schadensersatzansprüchen sowie der Nachweis eines höheren Schadens vorbehalten.

(3) Die Summe aller nach diesem Vertrag verwirkten Vertragsstrafen ist auf 5 % des Auftragswerts begrenzt.

13 Aufrechnung

Der Auftraggeber ist berechtigt, aus diesem Vertrag resultierende Forderungen gegen Forderungen des Auftragnehmers, gleich aus welchem Rechtsgrund, nach §§ 387 ff. BGB aufzurechnen.

14 Abtretungsverbot

Die Abtretung von Forderungen des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber an Dritte ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

15 Schriftformerfordernis und Salvatorische Klausel

(1) Alle Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Klausel bedürfen zu ihrer Wirksamkeit eines von den Parteien unterzeichneten Nachtrages.

(2) Sollte eine Bestimmung des Vertrages ungültig sein, so betrifft dies nicht den Vertrag als Ganzes, sondern nur die betreffende Bestimmung. Im Übrigen bleibt der Vertrag wirksam. In einem solchen Fall ist der Vertrag seinem Sinn und Zwecks entsprechend auszulegen, wobei maßgebend ist, was die Parteien unter Berücksichtigung ihrer wohlverstandenen Interessen vereinbart hätten, wenn ihnen die Ungültigkeit einer Vertragsbestimmung bekannt gewesen wäre.

16 Erfüllungsort und Gerichtsstand

- (1) Erfüllungsort ist der Ort, an dem die jeweiligen Leistungen zu erbringen sind.
- (2) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist, soweit zulässig, der Sitz des Auftraggebers.
- (3) Es gilt ausschließlich deutsches Recht.

Ort, Datum

Unterschrift

Unterschrift